

Karlsruhe, im März 2003

## Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

am 26. Februar 2003 hat der Gemeinderat mit den Stimmen von CDU und FDP den Doppelhaushalt 2003/2004 verabschiedet. Die Fraktionen von SPD, Grüne/Bündnis 90 und Karlsruher Liste (KAL) haben dem Haushalt abgelehnt, weil er einen Klimawandel in Karlsruhe zur Folge haben wird. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf steigende Gebühren, die Karlsruher Vereine und Verbände auf sinkende Zuschüsse einstellen. Der Doppelhaushalt 2003/2004 bildet den Schwerpunkt dieser Ausgabe des SPD-Reports. Neben der Vorstellung unserer Haushaltsanträge, werden wir die für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wichtigen Ergebnisse der Haushaltsplanberatungen dokumentieren und kommentieren. Für weitere Informationen und/oder Zusendung unserer Erstausgabe des SPD-Reports vom Dezember 2002 wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle.

Wir hoffen auch diesmal auf einen breiten und interessierten Leserkreis. Stellvertretend für die SPD-Fraktion grüßen Sie herzlich



Dr. Heinrich Maul  
Fraktionsvorsitzender



Dr. Florian Furtak  
Fraktionsgeschäftsführer

## ■ Kommunen in schwieriger Lage

Die Haushaltslage der Kommunen in Deutschland ist schwierig. Die Gründe hierfür liegen in einem Wegbrechen der Gewerbesteuereinnahmen und einer auch durch den drohenden Irak-Krieg bedingten konjunkturellen Flaute. Eine Reform der Gemeindefinanzen ist dringend notwendig. Ihre Ziele müssen sein:

- eine Verstetigung der kommunalen Einnahmen;
- eine aufgabengerechte Ausstattung der Kommunen;
- Begrenzung der Pflichtaufgaben;
- Abschaffung der gewerbesteuerlichen Organschaft, d.h. keine Verrechnungsmöglichkeit mehr von Gewinnen und Verlusten zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften;
- Festschreibung des Konnexitätsprinzips, d.h., wenn der Bund den Kommunen Aufgaben überträgt, muss er auch die hierfür notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen.

Die Bundesregierung hat eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen eingesetzt. Mit substantiellen Ergebnissen, die eine Entlastung der Kommunen zur Folge haben werden, ist bis Mitte des Jahres zu rechnen.

## ■ Die Situation in Karlsruhe

Karlsruhe geht es im Vergleich zu anderen Städten in Deutschland noch ziemlich gut, oder wie es KAL Stadtrat Dr. Eberhard Fischer in seiner Haushaltsrede ausdrückte: „Karlsruhe geht es verdammt schlecht, aber auf fürchterlich hohem Niveau.“ Richtig ist, dass wir auch in Karlsruhe den Gürtel enger schnallen müssen. In der Vergangenheit haben wir uns auch mit Zustimmung der SPD kostenintensive Projekte wie die Neue Messe und das ECE-Center geleistet – die Rücklagen sind jetzt aufgebraucht. Sparen ist deshalb das Gebot der Stunde. Oberbürgermeister Fenrich hat die Losung „**SMS – Sparen macht Spaß**“ ausgerufen. Sparen macht jedoch nur dann Spaß, wenn an den richtigen Stellen eingespart wird. Und da wirft der vom Oberbürgermeister eingebrachte und von der CDU und der FDP verabschiedete Haushalt große Fragen auf. Die SPD-Fraktion setzt lieber auf einen sanften Sparkurs in unserer Stadt mit dem Motto „**SMS – Sparen mit Sinn**“.

## ■ Die Haushaltsanträge der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion hat ausgabewirksame Anträge für den Doppelhaushalt 2003/2004 in Höhe von rund 3,7 Mio. Euro gestellt. Einige dieser Anträge finden Sie in der folgenden Übersicht:

Antragsteller	Maßnahme	Ausgaben 2003/2004
	Einrichtung eines Musikraumes in der Grund- und Hauptschule Beiertheim	300.000 €
Gutenbergschule	Einrichtung eines Internetschülercafés	87.000 €
	Bau des Schülerhorts Waldstadt	1.500.000 €
Verein für Jugendhilfe	Nachmittagsbetreuung an der Uhlandschule (Projekt SOGAR)	134.000 €
Caritasverband	Betreuungskosten für die Kindergruppe und Hausaufgabenhilfe im Übergangwohnheim Bernsteinstraße	15.200 €
AWO	Erhöhung des Zuschusses für die psychosoziale Beratungsstelle für Krebskranke	8.000 €
Bürgerverein Knielingen	Lärmschutz für Knielingen	1.300.000 €

Im Doppelhaushalt 2003/2004 mussten erstmals für ausgabewirksame Anträge Einsparvorschläge gemacht werden, damit der Haushalt nicht zusätzlich belastet wird. Um ihre ausgabenwirksamen Anträge gegen zu finanzieren, hat die SPD-Fraktion Einsparvorschläge in Höhe von rund 4,2 Mio. Euro gemacht. Beispiele hierfür sind:

Maßnahme	Einsparungen 2003/2004
Beteiligung am Flughafen Söllingen	2.800.000 €
Stadtmarketing	200.000 €
Karlsruher Forum „Ethik in Recht und Technik“	53.180 €
Zuschuss zur Gemeinschaftsverpflegung	24.000 €
Jungbürgerfest	20.000 €

## ■ Ergebnisse der Haushaltsberatungen

Für die Beratung des Doppelhaushalts 2003/2004 am 25./26. Februar 2003 lagen 191 Anträge vor. CDU und FDP bildeten eine Koalition und lehnten bis auf wenige Ausnahmen alle Anträge der anderen Fraktionen ab und setzten ihre Politik zu Lasten von Familien und Karlsruher Vereinen und Verbänden durch. Durch die Stimmen von CDU und FDP wurden u.a. beschlossen:

- Kürzung der Mittel für Sportvereine, Kulturvereine und soziale Einrichtungen um 20 %;
- Kürzung der Investitionszuschüsse für Sportvereine um 30 %;
- Erhöhung des Elternbeitrages für die Verlässliche Grundschule;
- Erhöhung der Beiträge für Kindertageseinrichtungen;
- Unzulänglicher Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen;
- Mangelnde Investitionen im Schulbereich;
- Kein Lärmschutz für Knielingen, Beiertheim-Bulach, Grötzingen.

## ■ Sparen an Vereinen – macht keinen Sinn !

Die Karlsruher Vereine und Verbände gestalten das Leben in unserer Stadt aktiv mit und sind daher wichtig für den Zusammenhalt in der Bevölkerung. Ihre Jugendarbeit ist oftmals vorbildlich. Sie leisten vieles, was ansonsten die Stadt selbst zu höheren Kosten übernehmen müsste. Für 2003 wurde eine Kürzung der sogenannten Freiwilligen Zuwendungen um 5 Prozent beschlossen. Dies ist noch akzeptabel, eine Kürzung der Mittel um 20 Prozent in 2004 ist es aber nicht mehr. Sie gefährdet die Existenz vieler Vereine und Verbände.

## ■ Sparen an unseren Kindern – macht keinen Sinn !

Es ist noch nicht lange her, da hat der frühere Fraktionsvorsitzende der CDU Günther Rüssel die Abschaffung der Kindergartenbeiträge als großes Ziel ausgegeben. Von diesem Ziel sind wir heute weiter entfernt denn je. Denn anstatt die Beiträge kontinuierlich zu senken oder zumindest konstant zu halten, ist im Haushalt durch die Stimmen der CDU und der FDP eine Anhebung beschlossen worden.

## ■ Sparen an Schulen – macht keinen Sinn !

Es gibt in Karlsruhe eine Prioritätenliste für die Sanierung und den Ausbau von Schulen. Darin werden Maßnahmen an 17 Schulen als besonders dringend oder dringend eingestuft. In den Haushalt sind lediglich Mittel eingestellt worden, die Baumaßnahmen an drei dieser 17 Schulen ermöglichen. Anträge, die weitere Schulbaumaßnahmen zum Gegenstand hatten, wurden von CDU und FDP abgelehnt.

## ■ Sparen an der Gesundheit der Bevölkerung – macht keinen Sinn !

Die Bürgerinnen und Bürger in Knielingen, Beiertheim-Bulach und Grötzingen sind vom Lärm geplagt. Ein Lärmschutz für diese Stadtteile ist deshalb dringend notwendig. Die Mittel für den Lärmschutz in Knielingen und Grötzingen waren bereits für den Haushalt 2001/2002 genehmigt. Weil sich der Baubeginn verzögert hat und die Gelder nicht ausgegeben wurden, musste über die Vorhaben im Doppelhaushalt 2003/2004 erneut entschieden werden. Der Oberbürgermeister hat den Lärmschutz nicht erneut in den Haushaltsplanentwurf eingestellt und CDU und FDP haben verhindert, dass die entsprechenden Mittel bereitgestellt wurden.

## ■ Sparen mit Sinn

Das Geld in der Stadtkasse ist knapp. Deshalb muss gespart und es müssen Prioritäten gesetzt werden. In diesem Punkt unterscheiden sich, wie es die Haushaltsberatungen deutlich gezeigt haben, CDU und FDP einerseits von SPD, Grünen und KAL andererseits. Um im Haushalt Freiraum für wichtige Karlsruher Projekte zu schaffen, haben SPD, Grüne und KAL folgende Sparvorschläge gemacht:

- **Keine Beteiligung am Flughafen Söllingen (Einsparung: 2,8 Mio. Euro) – macht Sinn !**

Auch die SPD-Fraktion sieht die Vorteile eines Regionalflughafen Söllingen insbesondere für die Karlsruher Wirtschaft. Doch der Betrieb eines Flughafens ist keine kommunale Aufgabe, sondern vielmehr die Aufgabe von privaten Investoren. Der Flughafen Söllingen arbeitet nicht wirtschaftlich, deshalb darf sich die Stadt Karlsruhe nicht in ein finanzielles Abenteuer mit unbekanntem Ausgang begeben. Die SPD-Fraktion kann es jedenfalls nicht verantworten, dass die Stadt auf der einen Seite in einen Flughafen, dessen Betrieb unkalkulierbare Risiken birgt, investiert, auf der anderen Seite aber notwendige Investitionen in Karlsruhe nicht tätigt. Darüber hinaus gilt es zu bedenken, dass – im Falle einer weiteren Beteiligung Karlsruhes am Flughafen Söllingen – bis 2015 ca. 30 Mio. Euro aus der städtischen Kasse bezahlt werden müssten.

- **Kein Zuschuss für den Neubau der Tribüne der Pferderennbahn Iffezheim (Einsparung: 180.000 Euro) – macht Sinn !**

Das Pferderennen in Iffezheim gehört unbestritten zu den bekanntesten im Pferdesport. Die Gemeinden in Baden-Baden und Raststatt profitieren von dieser Veranstaltung. Aber die Stadt Karlsruhe profitiert kaum oder gar nicht. Aus Verantwortung für unsere Bürgerinnen und Bürger macht es Sinn, diese Mittel einzusparen und lieber in Karlsruher Projekte zu investieren.

Die Fraktionen von CDU und FDP haben diese Einsparvorschläge abgelehnt.

## ■ Fazit: Sparen macht nur Spaß, wenn es auch Sinn macht

Der von CDU und FDP beschlossene Doppelhaushalt 2003/2004 weist eine Schiefelage auf, denn es wird an den falschen Stellen gespart. An notwendigen Investitionen (Stichworte: Lärmschutz, **Ausgabe 1/2003** art, was nicht nur zu Lasten der direkt Betroffenen, sondern auch zu Lasten des örtlichen Handwerks geht. Stattdessen werden Millionenbeträge in einen kurz vor dem Scheitern stehenden Flughafen und in eine Pferderennbahn gepumpt. Die Entscheidungen, die in diesem Haushalt getroffen worden sind, bereiten den Bürgerinnen und Bürgern in Karlsruhe keinen Spaß, denn sie machen keinen Sinn!

---

## ■ Machtpolitik von OB und CDU

Der Antrag der CDU-Fraktion auf Reduzierung einer Bürgermeisterstelle und Streichung des Baudezernats war mit einem Spareffekt von 600.000 Euro begründet. Durch viele Proteste beeindruckt, hat die CDU den Antrag auf Streichung des Dezernats zurückgezogen. Einsparungen ergeben sich damit höchstens noch in Höhe von ca. 100.000 Euro für die wegfallende Bürgermeisterstelle. Schwerer als dieser vergleichsweise geringe Einspareffekt wiegt das Porzellan, das die CDU mit ihrem Vorgehen zerbrochen hat. Bei allen Streitigkeiten zwischen den Parteien in unserer Stadt, hat man sich immer um einen Ausgleich der Interessen und um einen Konsens bemüht. Diese Aufgaben wurde in der Vergangenheit von den jeweiligen Oberbürgermeistern wahrgenommen. Leider hat OB Fenrich mit dieser Tradition gebrochen. Es wäre ihm gut zu Gesicht gestanden, wenn er die Pläne der CDU im Vorfeld mit allen Fraktionen besprochen hätte – dem (Partei-)Frieden in unserer Stadt hätte er damit einen großen Gefallen getan.